

2. Aufbau und Bestandteile von Rechtsvorschriften

2.1

¹Die Gliederungsnummer der Bayerischen Rechtssammlung wird von der Staatskanzlei vergeben.

²Änderungen werden durch die Redaktion des Gesetz- und Verordnungsblatts ohne Unterschrift im Verkündungsblatt bekannt gemacht.

2.2

¹Für Stammnormen werden Überschriften festgelegt. ²Sie bestehen aus der Bezeichnung, aus einer Kurzbezeichnung, wenn die Bezeichnung als Zitiername zu lang ist, sowie einer Abkürzung. ³Das Wort „Bayern“ oder daraus abgeleitete Wörter sollen – vor allem in Gesetzesabkürzungen – ausschließlich mit „Bay“ abgekürzt werden. ⁴„B“ ist als Anfangsbuchstabe den Gesetzesabkürzungen des Bundes vorbehalten und soll in dieser Form im Landesrecht nicht verwendet werden. ⁵Änderungsvorschriften erhalten grundsätzlich in der Überschrift keine chronologische Zählung.

2.3

¹Der Überschrift folgt das Ausfertigungsdatum. ²Bei mehreren erlassenden Stellen ist das Datum der letzten Ausfertigung anzugeben. ³Inhaltsübersichten werden nur besonders umfangreichen Stammnormen vorangestellt; sie sind bei der ersten Änderung der Stammnorm wieder zu streichen.

2.4

Gesetzentwürfe werden ohne Eingangsformel vorgelegt.

2.5

¹In der Eingangsformel einer Rechtsverordnung wird das etwa nötige Einvernehmen einer Stelle oder die Zustimmung durch den Landespersonalausschuss angegeben, nicht aber anderweitig durchgeführte Anhörungen und Beteiligungen. ²Das Zitiergebot (Art. 80 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes) ist sowohl bei der Nutzung bundesrechtlicher als auch landesrechtlicher Ermächtigungsgrundlagen zu beachten. ³In der Eingangsformel wird das Vollzitat nach Nr. 4.1 verwendet. ⁴Es wird die letzte Änderung der Stammnorm als solcher, nicht die der jeweils konkreten Ermächtigungsgrundlage angegeben. ⁵Die Eingangsformel umfasst auch die Angabe etwa nötiger Subdelegationsnormen.

2.6

¹Stammgesetze werden in Artikel gegliedert, Stammverordnungen in Paragraphen. ²Auf Satzungen finden grundsätzlich die für Verordnungen geltenden Redaktionsvorschriften Anwendung. ³Artikel und

Paragraphen können in Absätze, Nummern und Buchstaben – in dieser Reihenfolge – untergliedert werden.

⁴In Absätzen ist die erste Zeile einzurücken, bei mehreren Absätzen sind diese mit einer eingeklammerten arabischen Zahl zu versehen. ⁵Mehrere Sätze eines jeden Absatzes werden durch voran- und hochgestellte Zahlen nummeriert. ⁶Bei listenförmigen Aufzählungen innerhalb eines Satzes sollen die einzelnen

Aufzählungselemente selbst weder eigenständige Sätze sein noch solche enthalten. ⁷Bei Verwendung von Nummern oder Buchstaben wird ein hängender Einzug verwendet. ⁸Buchstabenzusätze bei der

Zählbezeichnung einer Gliederungseinheit – zum Beispiel Art. 33a – sind bei Erstregelungen zulässig für Übergangsregelungen, die nach einer kurzen Frist wieder aufgehoben werden sollen, oder für Folgeänderungen nach Nr. 2.9 Satz 2.

2.7

¹Änderungsvorschriften werden in Paragraphen gegliedert. ²Jeder Paragraph beginnt mit einem Eingangssatz, bestehend aus dem Vollzitat der zu ändernden Stammnorm und der Formulierung „wird wie folgt geändert“. ³Eingangssatz und Änderungsbefehle werden mit einem Zeilenumbruch abgesetzt. ⁴Das gilt auch, wenn die Stammnorm mit nur einem Änderungsbefehl geändert wird.

2.8

¹Grundsätzlich erhält jede einzelne Änderung einen eigenen, bei Bedarf untergliederten, Änderungsbefehl. ²Änderungsbefehle zu einer nicht weiter untergliederten Gliederungseinheit können zusammengefasst werden, wenn es der Übersichtlichkeit dient. ³Mehrfache Änderungen identischer Angaben in aufeinanderfolgenden Gliederungseinheiten können zusammengefasst werden, soweit die betroffenen Gliederungseinheiten nicht auch in anderer Weise geändert werden. ⁴Gleichartige aufeinanderfolgende Änderungsbefehle können zusammengefasst werden.

2.9

¹Mantelnormen sind bei Neuerlass oder Ablösung von Stammmormen grundsätzlich zu vermeiden. ²Folgeänderungen anderer Normen sind gesammelt in einem Artikel oder Paragraphen in die Stammmorm aufzunehmen.

2.10

¹Von einer deklaratorischen Neubekanntmachung eines Normtextes ist grundsätzlich abzusehen. ²Die Staatskanzlei kann Ausnahmen zulassen.

2.11

¹Nach Art. 76 Abs. 2 der Verfassung muss für das Inkrafttreten jeder Vorschrift ein konkretes Datum genannt werden. ²Es ist weder ein bedingtes Inkrafttreten zulässig noch Formeln wie „tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft“ oder Ähnliches. ³Gleiches gilt für das Außerkrafttreten. ⁴Bewehrte Vorschriften dürfen nach Art. 50 Abs. 1 Satz 2 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) nicht rückwirkend erlassen werden und sollen nach Art. 50 Abs. 2 Satz 1 LStVG befristet werden.